

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/8

Bonn, den 28. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Vatikan und Kreml	52

Eine Begegnung von großer Bedeutung

2	Kleinlicher geht's nimmer	31
---	---------------------------	----

"Finanzreform", wie sie nicht sein soll

Von Max Seidel, MdB

3 - 4	Die Gründe für Hamburgs Initiative	101
-------	------------------------------------	-----

Die Forderung nach unregimentiertem Informationsaustausch
bleibt bestehen

5	Dänische Wohnbaupolitik	46
---	-------------------------	----

Erst Überhang an Wohnungen, dann Mietpreisfestsetzung

* * *

Vatikan und Kreml

Eine Begegnung von großer Bedeutung

ler - Noch lange wird die dreieinhalbstündige Privataudienz des sowjetischen Außenministers Gromyko bei Papst Paul VI. die Phantasie bewegen und Anlaß zu den erregendsten Spekulationen und Kombinationen geben. Die Begegnung gehört zu den auffälligsten Ereignissen in unserer an Überraschungen reichlich gewohnte Zeit und sie dokumentiert den spektakulären Wandel, der mit Johannes XXIII. im Verhältnis des Katholizismus zur ganzen Welt begann und durch das Konzil eine Ausweitung und Vertiefung erfuhr. Die Rede Pauls VI. vor den Vereinten Nationen klang in einem leidenschaftlichen Appell an alle Mächte dieser Welt aus, vom Wettrüsten abzulassen, auf den Krieg als ein Mittel zur Lösung strittiger Fragen zu verzichten und ihre Energien der Erhaltung und dem Ausbau des Friedens zuzuwenden.

Die Welt steht heute vor der Möglichkeit der Selbstzerstörung. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sind in der Lage, sich gegenseitig zu vernichten. Im Krieg in und um Vietnam lauert die Gefahr eines dritten Weltkrieges und einer Entwicklung, die sich der kontrollierenden Einflußnahme aller Beteiligten entzieht. Um eine kontrollierte und gleichwertige Abrüstung im Weltmaßstab wird in Genf seit vielen Jahren gerungen, ohne daß sichtbare und überzeugende Fortschritte zu verzeichnen wären. Das Atomteststoppabkommen zwischen den USA und der Sowjetunion beendete zwar die Verseuchung der Atmosphäre durch Radioaktivität, doch die Bemühungen, die Zahl der Atomwaffen besitzenden Mächte auf dem derzeitigen Stand zu halten, eine weitere Ausbreitung dieser Vernichtungswaffe zu verhindern, kommen nicht voran; zwei bedeutende Staaten, Frankreich und das kommunistische China stellen sich sogar abseits, sind daran nicht interessiert. Die Vereinten Nationen, einst mit großen Hoffnungen begrüßt, können keine Wunder bewirken, ihre Weiterentwicklung zu einer Weltexekutive, ausgestattet mit eigenen militärischen Nachtmitteln, liegt in ferner Zukunft. Zwei Drittel der Menschheit leiden unter den Geißeln des Hungers, der Krankheiten und schrecklichen Not. Sie können sich nicht allein aus dem Meer des Elends befreien, sie bedürfen der Hilfe der Industrienationen, doch wie schwach und unzulänglich bleibt die Hilfsbereitschaft.

Vor solchem Hintergrund verlieren die Barrieren, die zwischen Ideologien und Weltanschauungen liegen, an Gewicht, erhält die Verfolgung übergeordneter Interessen lebenswichtige Bedeutung, sind eifernde Kreuzzügler fehl am Platze. Ein Atomkrieg bedroht alle: Er kennt keinen Unterschied zwischen Kommunisten und Kapitalisten, zwischen Christen und Atheisten. Wer der Welt die Tragödie eines alles und alle vernichtenden Krieges ersparen will, muß auch die Zusammenarbeit mit allen anstreben, die den Frieden wollen, ungeachtet aller Klüfte, die zwischen Mächten und Weltanschauungen bestehen.

Sowohl Papst Paul VI als auch sein sowjetischer Gesprächspartner haben ein Risiko auf sich genommen, als sie diese Begegnung in den ehrwürdigen Räumen des Vatikans wagten - das Risiko, Mißdeutungen und Verdächtigungen ausgesetzt zu werden. Sie nahmen es in Kauf. Gerade wir Deutschen sollten uns hier nicht in Beckmesserei ergehen. Auf der Suche nach der Erhaltung des Friedens dürfen wir uns nicht abseits stellen; zum Glück geschieht dies auch nicht. Die deutsche Friedensnote zeigte aller Welt die Bereitschaft des deutschen Volkes, das Seine zur Erhaltung des Friedens und zur Verständigung zwischen den Völkern zu tun. Nur in der Richtung friedenserhaltender Bemühungen kann die Geißel der Spaltung von unserem geteilten Volk genommen werden.

Kleinlicher geht's nimmer

"Finanzreform", wie sie nicht sein soll

Von Max Seidel, MdB

Im Bundeshaushalt 1966 stehen, wie schon alle Jahre vorher, zwecks Förderung der Kultur, soweit es sich um eine repräsentative Vertretung des Bundes oder um die Wahrung von Belangen gesamtdeutscher oder internationaler Bedeutung handelt, Zuschüsse für kulturelle Bestrebungen in der Bundesrepublik zur Verfügung. Dazu gehören unter anderem die Bamberger Symphoniker, die 3 000 000 DM, das Radio-Symphonie-Orchester Berlin, die 725 000 DM und die Philharmonia Hungarica, die 1 275 000 DM Zuschuß vom Bund erhalten.

Diese Förderung wurde in diesem Jahr von der CDU/CSU im Haushaltsausschuß besonders attackiert. Dabei stützte man sich auf eine Anregung im Troeger-Gutachten zur Finanzreform, die dahin geht, daß bei zukünftiger Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern die Unterhaltungskosten dieser Orchester von den Ländern allein getragen werden sollten. Das wäre aber, wenn man der Empfehlung folgen würde, erst am Ende der Einigung zur Finanzreform praktikabel.

Die Koalitionsparteien, im Kleinen falsch voran, wollen ab sofort bei diesen Orchestern die Finanzreform beginnen. Mit Hilfe der FDP haben CDU/CSU gegen die SPD beschlossen, die Etats der drei Orchester auszuhungern. Danach werden im Jahr 1966 eventuell überplanmäßige Ausgaben (Zuriferhöhungen) vom Bund nicht honoriert. Für den Etat 1967 dürften höhere Ansätze an Zuschüsse nicht vorgelegt werden. Dazu die "guten" Ratschläge der CDU-Sprecher an die drei Orchester, zahlt nicht so hohe Gehälter, verringert die Zahl der Orchestermitglieder und unterläßt die teuren Auslandsreisen.

Das sind Maßnahmen und Vorschläge für Orchester, deren gesamtdeutsche und internationale Bedeutung niemand bestreitet. Diese Art des Beginns der Finanzreform, angewandt an Träger, die deutsche Kultur im Ausland vermitteln, kommt einer politischen Krähwinkellei gleich, die nur in der CDU/CSU entstehen kann.

Wahrhaftig, Kleinlicher geht's nimmer.

Die Gründe für Hamburgs Initiative

Die Forderung nach unreglementiertem Informationsaustausch
bleibt bestehen.

Der Präses der Behörde für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg, Senator Heinz Ruhnow, hat am 20. April auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben, daß in Hamburg im Rahmen der geltenden Gesetze eine Möglichkeit geschaffen werde, sowjetzonalen Zeitungen, Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse zu beziehen.

Gerade weil die Initiative auch viel Widerspruch gefunden hat, veröffentlichen wir nachfolgend den wesentlichen Inhalt der Argumente, die Senator Ruhnow in Hamburg vorgetragen hat.

"Um zunächst in der Freien und Hansestadt den Bezug sowjetzonaler Zeitungen, Zeitschriften und anderer Druckwerke zu ermöglichen, haben drei Buchhandlungen von der Behörde für Inneres eine Genehmigung erhalten, Druckwerke aus der sowjetischen Besatzungszone zu beziehen. Bürger, die eine sowjetzonalen Zeitung oder ein anderes Druckwerk zur persönlichen Information bestellen wollen, müssen dazu eine Bescheinigung bei der Behörde für Inneres beantragen, mit der sie dann von einer der drei Buchhandlungen das gewünschte Druckerzeugnis beziehen können. Solche Bescheinigung werden nicht an Personen ausgegeben, die mit dem Bezug solcher Schriften nicht ihr persönliches Informationsbedürfnis befriedigen wollen, sondern sie benutzen wollen, um politische Agitationen gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu betreiben.

Die Behörde für Inneres hat sich zu diesem Verfahren nach sorgfältiger Prüfung der Rechtslage entschlossen. Das technische Verfahren zur Behandlung verdächtiger Sendungen ist im Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote von 1961 festgelegt. Danach müssen Post und Zoll alle Sendungen, mit denen sie dienstlich in Berührung kommen, und bei denen der Verdacht einer verbotenen Einfuhr von Druckerzeugnissen aus der SBZ auftaucht, anhalten. Der Zoll muß sie untersuchen und, wenn es sich um verbotenes Schriftgut handelt, der zuständigen Staatsanwaltschaft zuleiten.

Man ist es aber unbestritten, daß eine staatliche Genehmigung die Rechtswidrigkeit der Einfuhr an sich unzulässiger Schriften aufhebt. In der Tat beschreitet Hamburg nur diesen rechtlich zulässigen und verfassungstreuen Weg mit dem dargelegten Verfahren. Es besteht im Grunde nur darin, daß Hamburg sagt: "Wir werden künftig jedem Bürger, der keinen Anlaß zu der Annahme gibt, daß er mit diesen Schriften Agitationen gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung treiben will, eine solche Ausnahmegenehmigung erteilen".

In den letzten 20 Jahren haben sich in beiden Teilen Deutschlands unterschiedliche gesellschaftliche Systeme entwickelt. In der sowjetischen Besatzungszone geschah das unter dem Druck der Besatzungsmacht, in den Ländern der Bundesrepublik durch den freien Willen des Volkes. Aber unbeschadet der verschiedenen Antriebe bleibt die Konsequenz der Spaltung. Die Wiedervereinigung ist nicht "just around the corner". Sie hängt ab von der Änderung der machtpolitischen Verhältnisse in Mitteleuropa und von der Haltung der Sowjetunion. Eine Voraussetzung dafür, diese Haltung der Sowjetunion und damit auch die machtpolitischen Verhältnisse in Mitteleuropa zu ändern, ist der Wille des Volkes in beiden Teilen Deutschlands, wiedervereinigt zu werden.

Dieser Wille zur Wiedervereinigung kann nur erhalten und gekräftigt werden, wenn wir die Verbindung nicht abreißen lassen. Um menschliche Kontakte aufrechtzuerhalten, ist aber das Wissen um die Ver-

hältnisse drüben auf der anderen Seite besonders wichtig. Von 40 Millionen Bürgern der Bundesrepublik, die über 18 Jahre alt sind, haben 11,3 Millionen Verwandte in der Sowjetzone und in Ostberlin. Weitere 4,4 Millionen haben Freunde und Bekannte dort. 18 Prozent von ihnen stehen im regelmäßigen Briefwechsel über die Zonengrenze hinweg. Und daraus ergeben sich Konsequenzen.

1. Die Menschen in der SBZ leben in einer Welt, die uns bereits von der Sprache her fremd geworden ist. Wer kann hierzulande etwas anfangen mit Begriffen wie Aktivist, Kombinat, Hausvertrauensmann, NVA, EGL, DFB, ZK, VEB, GST? Das eigentliche Leben der Menschen in Leipzig und Rostock spielt sich aber auf dem Hintergrund dieser veränderten Sprache ab. Sie sind darauf angewiesen, sich mit diesen Begriffen einzurichten, wenn sie in ihrer Umwelt bestehen wollen. Wer von der Bundesrepublik aus mit den Menschen in der Zone reden will, der muß wenigstens die Sprache verstehen, mit der zu leben sie jeden Tag gezwungen sind.
2. Wer die Wiedervereinigung wirklich will, muß sich klar darüber sein, daß man der geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht aus dem Wege gehen kann. Die geistige Auseinandersetzung muß und kann nur bei dem anknüpfen, was der Gegner, mit dem wir es zu tun haben, selbst über sich sagt. Man muß wissen, wie der Gegner seine Lage sieht und welches Argument er sich bedient.
3. Jeder kann anhand des Studiums sowjetzonaler Zeitungen kontrollieren, wie man dort die Bundesrepublik kommentiert. Man kann verfolgen, wie ehrliche Überzeugungen mißdeutet und mißbraucht und wie gelegentliche Mißgriffe aufgebauscht werden. Man kann vor allem aus ihrem Studium auch lernen, sich bei öffentlichen Deklamationen so auszudrücken; daß solche Erklärungen sich nicht gegen die Menschen in Leipzig und Rostock auswirken.

Gefahren sind mit dem Schritt, den die Behörde für Inneres jetzt getan hat, gewiß nicht verbunden. Die besten Argumente gegen die Kommunisten sind ihre eigenen Zeitungen. Man sollte schon deshalb für ihre Weiterverbreitung sorgen. Wer von Amts wegen täglich "Das Neue Deutschland" lesen muß, der weiß, daß dies eine Strafe ist. Außerdem kann jeder über den Zonenrundfunk und das Zonenfernsehen täglich alles das zur Kenntnis nehmen, was drüben an politischer Ideologie verbreitet wird. Der im ganzen Bundesgebiet zu empfangende Deutschlandsender strahlt täglich ein Wortprogramm von 10 Stunden aus. Der Deutsche Fernschfunk sendet ständig entsprechend gefärbte Berichte über die politischen Probleme in der Bundesrepublik und der sogenannte Deutsche Freiheitssender 904 strahlt täglich vier Stunden lang sein Agitationsprogramm aus.

Der von Hamburg begangene Weg eröffnet eine erste Möglichkeit, um Bürger dieses Stadtstaates nicht von notwendigen Informationen über die politische, soziale und wirtschaftliche Wirklichkeit im anderen Teil Deutschlands abzuschneiden. Unabhängig davon bleibt die Forderung bestehen nach einem unreglementierten Informationsaustausch in beiden Teilen Deutschlands, das heißt: der Presse- und Meinungsfreiheit im ganzen Deutschland."

Dänische Wohnbaupolitik

Erst Überhang an Wohnungen, dann Mietpreisfestsetzung

sp - Der dänische Wohnungsstandard liegt mit an der Spitze in der Welt. 31 Prozent der Wohnungen Dänemarks bestehen aus Einfamilienhäusern und elf Prozent aus Zweifamilienhäusern. Selbst auf dem flachen Lande gibt es heute praktisch keine Wohnungen mehr, die nicht an eine Vollkanalisation angeschlossen sind und Trinkwasserversorgung haben. Das dänische Ferngasnetz ist so dicht, daß annähernd 90 Prozent aller Wohnungen Koch- und Heizgas besitzen. Fast 50 Prozent aller dänischen Wohnungen sind an eine Fernheizung angeschlossen oder haben eine Zentralheizung. Für über 50 Prozent aller Wohnungen gilt das Wannen- oder Duscbad und die Warmwasserversorgung für selbstverständlich.

Kaum irgendwo in der Welt sind die Wohnungen so geräumig wie in Dänemark. Zur Zeit kommen auf weniger als 2,5 Personen eine normale Wohnung. Sogenannte überfüllte Wohnungen gibt es überhaupt nicht mehr. Da der Staat sich sehr stark beim Wohnungsbau engagiert, werden auch heute noch nur rund 14 Prozent der Einkünfte eines Lohnempfängers für Mieten, Beleuchtung und Heizung ausgegeben. Für die Wohnung allein sind etwa neun Prozent des Einkommens zu zahlen.

Trotzdem strebt man in Dänemark eine noch bessere Wohnungsversorgung an.

Es sind in der letzten Zeit eine Reihe großer Fabriken gebaut worden, die im Fließbandsystem und computergesteuert ganze Wohnräume einschließlich Installation und Tapeten fabrizieren oder jedenfalls im Elementbau enorm weit sind. Vorfabrizierte Einfamilienhäuser zwischen 110 qm Wohnfläche für 43 500 Kronen und 124 qm und 76 000 Kronen sind gang und gäbe (0,57 DM = 1 Krone). Zweigwerke dänischer Wohnungsbauabriken entstehen in der ganzen Welt.

Vor diesem Hintergrund hat das Kabinett Jens Otto Kraf in Kopenhagen nun eine Gesetzesvorlage gebilligt, wonach die Miete in den Wohnungen der 600 000 dänischen Hausbesitzer geschätzt werden soll, um etwa ab 1967 zu einer marktgerechten Miete zu kommen. Der Staat möchte auch Althauseigentümern die Chance geben, ihre Wohnungen auf einem modernen Stand zu halten. Der Bundesbürger bei uns, der ericht hat, wie man mit statistischen Zahlen den Wohnungsfehlbestand oft schief ermittelte und dann schnell zu Hochmieten kam, wird überrascht sein, wie die Schätzungen nun in Dänemark ablaufen sollen.

Für die 600 000 Wohnungen, die noch jetzt vom Mietstop erfaßt sind, werden von den Kommunen selbst Schätzkommissionen eingesetzt. Die Kommission besteht aus einem schätzungserfahrenen Vorsitzenden, einem Mieter und einem Hausbesitzer, der auch Wohnungen vermietet. Handelt es sich um Sozialwohnungen, schickt die Wohnungsbaugesellschaft einen Vertreter. Die Schätzer sollen berechnen, wie hoch nun die Miete sein würde, wenn die freie Wohnungswirtschaft in Dänemark vollständig wäre. Es ist bemerkenswert, daß Dänemark enorme Anstrengungen macht, um jeglichen Wohnungsmangel bis 1967 zu beseitigen und einen Überbedarf von zwei Prozent zu erreichen, um erst dann vor dem Hintergrund der Schätzungen die Mieten endgültig freizugeben.